

82 6020

Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

NE

351-11 2226

Amt für Wiedergutmachung
Wiedergutmachungsakte

für Cohen geb. Elb, Clara.
(Familien- und Rufname, Geburtsdatum)

nach

ABGESCHLOSSEN

vertreten durch

Dr. med. Barbara Kellner

Hinweise auf Akten

Fürsorgeakte

EUV-Akte

Strafakten

BRÜG geprüft 1/70

2/12.59 Opfer

BRÜG 30 Sep 1966
geprüft

2226

Sachgebiet:

0209 73

Oberfinanzdirektion Hamburg
- C 22 - BV 33 -

67
Postanschrift:

24 Hamburg 13, den 26. Juli 1957
Hartungstraße 5
Tel. 441291 / App. 007

Persönliche Vorsprache:

Hamburg 13, Magdalenenstr. 64 a
(Büro Wiedergutmachung)

An die

Freie und Hansestadt Hamburg
1 Sozialbehörde -
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36
Drehbahn 54

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG	
Sozialbehörde	
Amt für Wiedergutmachung	
Eing.	29. JULI 1957
Anl.	Zuständige

Am 30.7.57

Betr.: Rückerstattungssache Frau Clara Cohen geb. Elb

Bezug: Ihr Schreiben vom 3.5.1956 und Vereinbarung vom
5.2.1957 Az.: Wg. 0209 73/4

Zugunsten von Frau Clara Cohen liegen zwei Rück-
erstattungsbeschlüsse vom 10.10.53 vor:

- a) Schmuck und Silbersachen - Entziehungswert RM 9.740,--
- b) Umzugsgut - Entziehungswert RM 15.000,--

Auf diese Ansprüche sind der Berechtigten bereits
Darlehen im Gesamtbetrage von DM 12.370,-- gewährt worden.
Mit Zustimmung des Herrn Bundesministers der Finanzen kann
ich nunmehr ein weiteres Darlehen in Höhe von DM 7.630,--
gewähren, vorausgesetzt, daß Sie dieser Darlehensgewährung
ausdrücklich zustimmen.

Ich nehme Bezug auf meine telefonische Rücksprache,
die ich in einer anderen Sache mit Frau Reg.Insp. Wagner
hatte und in der ich die Gründe für die Notwendigkeit der
von mir geforderten Zustimmungserklärungen dargelegt habe.
Ich bitte Sie, mir zu erklären, ob Sie der Darlehensgewäh-
rung zustimmen.

Für baldmögliche Erledigung wäre ich dankbar.

R4 zur weiteren Veranlassung.

Entschädigt wurde:
Transp. reisekosten 24,60,62
Lohn, Porto 33
6.8.57

Im Auftrag

(Polack)
Finanzassessor

Durchschrift

Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRüG —) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

der Berechtigten:

Frau Clara C o h e n geb. Elb
111-23, 76 Road, Forest Hills, L.I., N.Y.

als Rechtsnachfolger nach

Bevollmächtigter:

Bernhard-Klaudius Lahann
i.Pa. Carl H. Delfs, Hamburg 36, Jungfernstieg 34

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen/und/gütlichen Einigungen zu Grunde:

- 1) Beschluß des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg vom 10.10.1953 - Az.: I/Z 3215 -2- ✓
- 2) Beschluß des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg vom 10.10.1953 - Az.: I/Z 3215 -3- ✓

II.

Aus diesen Beschlüssen stehen der Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRüG folgende Ansprüche zu:

- 1) Aus der Entscheidung zu I,1) DM 11.815,69 ✓
- 2) Aus der Entscheidung zu I,2) DM 22.500,-- ✓

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf DM 34.315,69 (1.W.: Vierunddreißigtausenddreihundertfünfzehn 69/100 Deutsche Mark) festgestellt.

III.

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRUG zu zahlen:

- 1) bis spätestens zum 31.3.1959 DM 20.000,-- ✓
 - 2) bis spätestens zum 31.3.1961 DM 14.315,69 ✓
- Der verbleibende Restbetrag von ist grundsätzlich bis zum 31.3.1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs. 5 BRUG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz. Er ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

IV.

Auf die nach Ziffer III jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRUG die folgenden Darlehen angerechnet:

1. Darlehen von DM 5.000,-- mit Wirkung vom 1.4.56 ✓
2. Darlehen von DM 5.000,-- mit Wirkung vom 1.4.56 ✓
3. Darlehen von DM 2.370,-- mit Wirkung vom 20.12.56 ✓
4. Darlehen von DM 7.630,-- mit Wirkung vom 31.10.57. ✓

V.

Stehen der Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

VI.

Gründe:

- I. Durch den in Ziffer I, 1 genannten Beschluß ist die Ersatzpflicht des Deutschen Reiches für entzogene Schmuck- und Silbersachen in Höhe von RM 9.740,-- festgestellt worden. Von den Silbersachen waren laut Ankaufsbescheinigung Nr. 1057 der Öffentlichen Ankaufsstelle, Bäckerbreitertgang 73, vom 17.3.1939 4822 Gramm ausschließlich Korpus Silber, weitere 7190 Gramm überwiegend Bestecksilber und der Rest bestand aus teilweise silbernen Gegenständen.

Nach einer Auskunft des Verbandes der Juweliere Uhren-, Gold- und Silberwareneinzelhändler e.V. Hamburg vom 24.10.1957, ist der Wiederbeschaffungswert wie folgt zu berechnen:

Bei Bestecksilber ist von einem Preis von DM 0,25 je Gramm abzgl. 25% - da es sich um gebrauchte Sachen handelt hat -

77

auszugehen. Bei Korpussilber beträgt der Grammpreis DM 0,42, abzgl. 25%. Bestecksilber ist also mit 0,19 DM je Gramm und Korpussilber mit 0,32 DM je Gramm zu entschädigen. Mithin sind die 4.822 Gramm Korpussilber mit DM 1.543,04 zu entschädigen.

Von den weiteren abgelieferten 7.190 Gramm Silber sachen dieser Bescheinigung waren

5.710 Gramm Bestecksilber, das nach o.a. Auskunft mit 0,19 DM zu bewerten ist = " 1.084,90 u n d

1.480 Gramm Korpussilber a 0,32 DM = " 473,60

93 weitere abgelieferte Teile waren:

60 g Korpussilber, und zwar:

1 Karaffe mit Silber 30 g = } DM 19,20 ✓
1 Nußknacker dto. 30 g = }

außerdem folgende Besteckteile:

1 Fischspan m.schw.Griff	100 g =	"	19,--	✓
6 kl. Messer	120 g =	"	22,80	✓
23 versch. Fruchtmesser	345 g =	"	65,55	✓
18 versch. Gabeln	270 g =	"	51,30	✓
27 Besteckvorlegeteile (mit Silberheften)	810 g =	"	153,90	✓
16 gr. u. 18 kl. lose gef. Messergriffe	760 g =	"	144,40	✓

476,15 ✓

Diese Durchschnittsgewichte sind nach einer vom Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Leiter Öff. Leihämter aufgestellten Mittelgewichtstabelle für Silbersachen angesetzt worden.

Der auf Gold- und Schmucksachen entfallende Teil des Entziehungswertes betrug für Goldsachen 330,-- RM und für Schmucksachen 8.070,-- RM, insgesamt 8.400,-- RM. Dieser Entziehungswert ist seinerzeit nach den Grundsätzen ermittelt worden, die sich in der jahrelangen Praxis der Hamburger Wiedergutmachungsbehörden ergeben haben. Nach der Auskunft des o.a. Verbandes der Juweliere sowie einer von der Oberfinanzdirektion Hamburg eingeholten gutachtlichen Äußerung des Juweliers Hilcken in Hamburg vom 22.11.57, der von den hiesigen Wiedergutmachungsbehörden ständig als Sachverständiger herangezogen wird, ist davon auszugehen, daß der auf diese Weise ermittelte Entziehungswert dem Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 entspricht = " 8.400,--

Mithin stehen der Berechtigten aus dem Beschluß zu I, 1) = DM 11.977,69 zu.

Von diesem Betrag ist der seinerzeit ausgezahlte Ankaufserlös in Höhe von 1.620,-- RM umgestellt im Verhältnis 10:1 = " 162,-- abzusetzen, so daß der Berechtigten noch ein Anspruch von DM 11.815,69 zusteht.

In Auftrag
gez. Mack
Reg. Anwalt

DM 11.815,69

II. Durch den in Ziffer I,2 genannten Beschluß ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, der Berechtigten für am 9.6.1941 entzogenes Umzugsgut im Werte von RM 15.000,-- Schadensersatz zu leisten.

Gemäß §§ 14, 16 Abs.1 S.2 BRUG bemisst sich die Höhe des Schadensersatzbetrages, der der Berechtigten aufgrund dieses Beschlusses zusteht, nach dem Wiederbeschaffungswert des entzogenen Umzugsguts am 1.4.1956. Dieser Wiederbeschaffungswert wird aus den in der Anlage wiedergegebenen Gründen auf 22.500,-- festgestellt.

Eine Nutzungsvergütung steht der Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch des Umzugsguts gewährt hätte, wird gemäß § 16 Abs.2 S.1 BRUG kein Ersatz geleistet. Sonstige Nutzungen sind nicht entgangen (§ 16 Abs.2 Satz 2 BRUG). Der Berechtigten steht demnach ein Schadensersatzanspruch von insgesamt DM 34.315,69 zu.

Die erste Rate dieses Schadensersatzbetrages in Höhe von DM 20.000,-- ist an sich nach § 32 BRUG bis zum 31.3.59 auszuzahlen.

Hierauf sind aber die der Berechtigten gewährten Darlehen in Höhe von insgesamt 20.000,-- gemäß § 36 BRUG anzurechnen, so daß die Berechtigten bis zum 31.3.1959 keine Zahlung erhält.

Der Rest des Anspruchs in Höhe von DM 14.315,69 wird gemäß § 32 Abs.4 BRUG bis zum 31.3.1962 getilgt. Er verringert sich evtl. gemäß § 32 Abs.5 BRUG auf einen noch festzusetzenden Hundertsatz, wenn der in § 31 BRUG genannte Gesamtbetrag von 1,5 Mrd. Deutsche Mark zur vollen Erfüllung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche nicht ausreicht. Über die Auszahlung des Restes und über eine evtl. Kürzung kann vor dem 1.4.1961 nicht entschieden werden.

Der in Ziffer III genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

VII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Im Auftrag
gez. Black
Reg.Assessor



beginnt: